Stadt Köln

April 2008

Fall- und Kostenentwicklung im Bereich der Hilfen zur Erziehung

Ergebnisse der Steuerungsmaßnahmen

In 2007 wurde wie auch in den Vorjahren zwischen den Außenstellen und der Zentrale des Amtes für Kinder, Jugend und Familie eine bezirklich differenzierte Zielvereinbarung zu Steuerungsmaßnahmen im Bereich der Hilfen zur Erziehung getroffen.

Zur Überprüfung der Ziele fanden in 2007 zwei Auswertungsgespräche mit allen Außenstellenleitern/innen sowie den Sachgebietsleitungen von ASD und WJH mit den Leitungskräften der Abteilung Pädagogische und Soziale Dienste statt.

Die Auswertung des Jahresergebnisses lässt sich wie folgt darstellen:

Ziel 1: Keine Überschreitung des Ansatzvolumens in Höhe von 103 Mio. €

In 2007 stand im Deckungsring Wirtschaftliche Jugendhilfe ein Betrag von **103,262 Mio. €** zur Verfügung. Die Ausgaben zum Jahresende ergaben einen Betrag von 105,216 Mio. €.

	Rechnungs-ergebnis 2003 Mio. €	Rechnungs-ergebnis 2004 Mio. €	Rechnungs-ergebnis 2005 Mio. €	Rechnungs-ergebnis 2006 Mio. €	Rechnungs-Ergebnis 2007 Mio. €
Innenstadt / Kalk	22,817	24,357	25,457	22,639	21,119
Rodenkirchen	6,389	6,780	5,997	6,395	7,926
Lindenthal / Ehrenfeld	20,516	20,949	20,386	19,557	19,367
Nippes	9,149	9,523	10,099	9,706	10,422
Chorweiler	7,851	8,161	7,964	7,326	7,779
Porz	8,427	8,290	7,562	8,093	9,430
Mülheim	22,768	22,426	22,364	22,174	24,796
Zentrale	4,44	1,422	2,928	3,406	4,372
Gesamt	**102,358**	**101,908**	**102,733**	**99,301**	**105,216**

Ziel 2: Zeitnaher Überblick über die Kostenentwicklung

In allen Bezirksjugendämtern wurde eine teilautomatisierte Kostenstatistik geführt, die um eine regelmäßige Ausgabenbenachrichtigung durch die Zentrale des Jugendamtes ergänzt wurde.

Ziel 3: Reduzierung der Kostenintensität und Festlegung von Stundenkontingenten bei den ambulanten Hilfen zur Erziehung

Im Bereich der ambulanten Hilfen zur Erziehung wurde wie im Vorjahr die maximal zu gewährende Stundenzahl auf 7 Std. pro Woche festgelegt. Ausnahmen wurden nur in den Fällen gewährt, in denen ansonsten – vergleichsweise kostenintensive – stationäre Unterbringungsmaßnahmen erforderlich gewesen wären. Auf diese Weise konnten mit gleichem Mittelaufwand mehr Fälle bearbeitet werden.

ambulante Fälle WJH Statistik

	12/05	12/06	12/07
§ 35 Mj.	73	67	83
§ 27 Flex	443	420	485
§ 31 SPFH	451	469	601
	967	956	1169

Kosten in Mio. EUR

2005	2006	2007
1,482	1,060	1,043
5,075	4,809	5,028
5,374	5,683	6,192
12,689	12,218	12,263

Ziel 4: Frühzeitige Verselbständigung junger Volljähriger in stationären Maßnahmen

Das vereinbarte Ziel sieht vor, in mind. 50% aller Fälle gem. § 41 i.V. mit § 34 SGB VIII einen Verselbständigungsgrad erreicht zu haben, der sich in einer entsprechend reduzierten Betreuungsintensität niederschlägt. Dieses Ziel wurde gesamtstädtisch Ende 2007 mit einem Ergebnis von 50,5 % erreicht.
Die Gesamtzahl der in einer Hilfe befindlichen Volljährigen gem. § 41 SGB VIII beläuft sich im Dezember 2007 auf 497 Fälle (Vorjahr 404 Fälle). Der Fallzahlenanstieg hängt unter anderem mit der geänderten Praxis des Landessozialamtes zusammen, das Eingliederungshilfen für junge Volljährige nicht mehr in eigener Kostenträgerschaft übernimmt.

Ziel 5: Hilfen im Aufnahmebereich

Um eine Krisenintervention im Einzelfall möglichst kurz zu halten, ist die Verweildauer in den vergleichsweise kostenintensiveren Aufnahmegruppen, auf maximale Fristen beschränkt worden. Die Verweildauer von Säuglingen in der Familiären Bereitschaftsbetreuung liegt nur bedingt in der Steuerungsgewalt des ASD. Eine endgültige Entscheidung über den Verbleib der Kinder hängt oftmals von den Entscheidungen des Familiengerichtes im Einzelfall ab. Obwohl mit dem Familiengericht ein Grundsatzgespräch geführt wurde, mit dem Ziel in diesen Fällen die Entscheidungsprozesse im Familiengericht zu beschleunigen, können in der Praxis der Familiengerichte keine nennenswerten Veränderungen festgestellt werden.

Gesamtstädtische Auswertung	2003	2004	2005	2006	2007
abgeschlossene Hilfen Kölner Kinder					
Anzahl der Hilfefälle	231	221	164	177	239
Anzahl der Aufnahmetage	7814	6180	4070	5508	9497
Durchschnittliche Verweildauer	**33,83**	**27,96**	**25,82**	**31,12**	**39,74**
abgeschlossene Hilfen familiäre Bereitschaftsbetr.					
Anzahl der Hilfefälle	67	51	61	91	88
Anzahl der Aufnahmetage	7737	4980	7044	9347	8735
Durchschnittliche Verweildauer	**115,48**	**97,25**	**115,48**	**102,71**	**99,26**
Kölner Jugendliche					
Anzahl der Hilfeempfänger	355	332	317	325	345
Anzahl der Inobhutnahmetage	7616	5312,5	4281,75	4149	5804,25
Durchschnittliche Verweildauer	**21,45**	**16,16**	**13,51**	**12,76**	**16,82**

Ziel 6 Vollzeitpflege nach § 33 SGB VIII

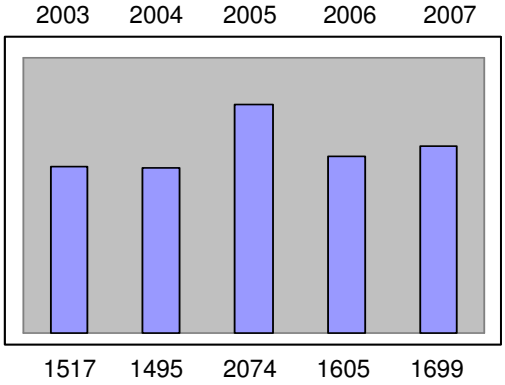
Durch organisatorische Maßnahmen sowie eine inhaltliche Debatte über die Indikation für die Hilfeart Vollzeitpflege und die Schaffung besserer Rahmenbedingungen für Pflegeeltern, soll die rückläufige Zahl der Vollzeitpflegen absolut gestoppt und das Verhältnis zu den Unterbringungen gem. § 34 SGB VIII verbessert werden.

	2004	2005	2006	2007
Vollzeitpflege	**552**	**531**	**553**	**539**
Heimerziehung Minderjährige	**1269**	**1145**	**1077**	**1063**
Verhältnis Fälle § 33 / §34 Mj.	**0,43**	**0,46**	**0,51**	**0,51**

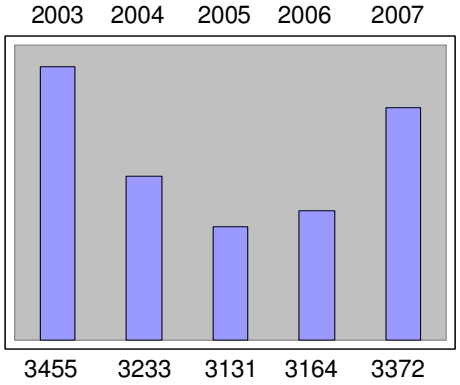
Fall- und Kostenentwicklung 2003 -2007

Der Fall- und Kostenvergleich der letzten Jahre stellt sich folgendermaßen dar:

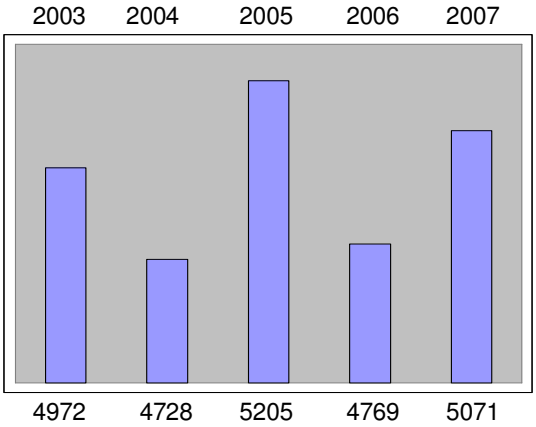
Hilfen nach SGB VIII
<u>ambulant</u>
Minderjährige + Volljährige



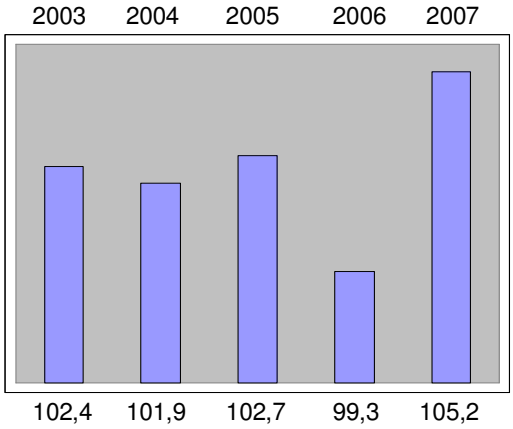
Hilfen nach SGB VIII
<u>stationär</u>
Minderjährige + Volljährige



Hilfen nach SGB VIII
<u>Gesamt</u>
Minderjährige + Volljährige



Kosten Mio. €
<u>Gesamt</u>
Deckungsring H.z.E



Die Bewegungen im ambulanten Bereich lassen sich dadurch erklären, dass durch eine Zuständigkeitsübertragung für Eingliederungshilfen im Bereich Legasthenie und Dyskalkulie in 2005 mehr als 400 Fälle übernommen wurden. In 2006 werden die Fälle aus dem Bereich der Tagespflege nicht mehr in den Außenstellen bearbeitet und insofern nicht mehr in diesem Bereich gezählt.

<u>Zusammenfassung</u>

Unabhängig von bezirklichen Besonderheiten einzelnen Betreuungsformen, haben sich die Trends, die bereits nach Ablauf des 1. Halbjahres festgestellt werden, auch im 2. Halbjahr 2007 fortgesetzt:

⇒ In allen Außenstellen steigt nach wie vor der Anteil an Eingliederungshilfen gem. § 35 a SGB VIII. Im Verlauf der letzten 2 Jahre stieg die Zahl der Hilfen von 169 auf 293 (ohne die Hilfen im Bereich Legasthenie/Dyskalkulie). Die Eingliederungshilfen belasten damit

das Budget der Hilfen zur Erziehung in zunehmenden Maß. Die diesen Hilfen zugrunde liegenden Entwicklungsstörungen und Krankheiten (z.B. Autismus), sind in der Regel langfristiger Natur. Die damit verbundenen Kosten sind durch Steuerungsmaßnahmen nicht beeinflussbar.

⇒ Im gesamten Jahr ist eine verstärkte Zahl an Meldungen mit Verdacht auf Kindeswohlgefährdung an den ASD erfolgt. Die Bereitschaftspflege und die Aufnahmegruppe für Kinder waren demzufolge stark frequentiert. In einigen Außenstellen ist als Folge eine verstärkte Zahl von stationären Unterbringungen zu verzeichnen.

⇒ Die Zahl aller kostenträchtigen Hilfen zur Erziehung stieg im Vergleich zum Dezember 2006 um ca. 300 Fälle auf insgesamt 5071 Fälle. Dabei konnte die Zahl der stationären Unterbringungen mit 1063 Fällen im Dezember 2007 (Vorjahr 1077 Minderjährige) insgesamt stabil gehalten werden.

⇒ In den Sozialraumgebieten wurden mit den sogenannten „Schwerpunktträgern“ von Hilfen zur Erziehung verstärkt Maßnahmen entwickelt und finanziert, die Einfluss auf die positive Entwicklung von im Sozialraum lebenden Familien und deren Kinder nehmen.

⇒ Der Aufnahmebereich für Jugendliche im Reichenspergerhaus (SkF) war im 1. Halbjahr überdurchschnittlich ausgelastet.
Ein Teil der Fälle (Jugendliche mit psychischen Auffälligkeiten, Intensivtäter) ist mit dem herkömmlichen Angebotssystem der Träger in Köln nicht zu erreichen. Zeitaufwändiges Suchen und Anfragen im gesamten Bundesgebiet und längere Verweildauern im Aufnahmebereich sind die Folgen.

In 2008 wird der Ausbau des sozialen Frühwarnsystems in Verbindung mit den getroffenen Vereinbarungen zum § 8 a mit den Einrichtungen und Diensten der Jugendhilfe zu verstärkten Meldungen von Auffälligkeiten in Familien führen.
Die Umsetzung des Ratsbeschlusses zur Einführung des „Gefährdungsmeldungs-Sofort-Dienstes (GSD)“ zum 2. Halbjahr in den ersten Außenstellen soll den zeitnahen und bedarfsgerechten Umgang mit Gefährdungsmeldungen sicherstellen. Es ist zu erwarten, dass die gewollte Aufhellung der Dunkelfelder zu einer weiteren Fallzahlensteigerung in 2008 führen wird.